Stellungnahme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Haushaltseinbringung in der Sondersitzung des Rates am 18. November

Haushaltskonsolidierung in Bad Salzuflen:

Wir brauchen einen Plan für die Zukunft – nicht nur für die nächsten ein bis drei Jahre

Wir stehen in diesem Jahr bereits mit der Haushaltseinbringung vor einer wichtigen finanzpolitischen Entscheidung, da der Bürgermeister beabsichtigt schon mit der Einbringung weitreichende Konsolidierungsmaßnahmen beschließen zu lassen. Daher werden wir uns auch bereits zum jetzigen Zeitpunkt positionieren und warnen vor übereilten Entscheidungen.

Gleich zu Beginn möchten wir eines deutlich machen: Niemand von uns bestreitet, dass Bad Salzuflen vor erheblichen finanziellen Herausforderungen steht. Niemand bestreitet, dass wir konsolidieren müssen.

Aber die entscheidende Frage ist doch: Wie konsolidieren wir? Was wollen wir mit diesem Prozess erreichen? Und vor allem: Für welchen Zeitraum planen wir eigentlich die Zukunft unserer Stadt?

Planen wir nur noch für die nächsten ein bis drei Jahre? Mit dem Ziel, irgendwie einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen, während wir gleichzeitig immer größere Schuldenberge aufbauen und die Strukturen unserer Stadt Stück für Stück beschädigen?

Oder übernehmen wir Verantwortung für die langfristige finanzielle Handlungsfähigkeit Bad Salzuflens?

Genau an dieser Stelle unterscheiden sich der gemeinsame Ansatz von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN; SPD und Linken und der Vorschlag der Verwaltungsspitze fundamental. Wir schlagen vor, dass jetzt ein langfristiges Konsolidierungsszenario ernsthaft erarbeitet und mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf der Kämmerin verglichen wird.

Wir schlagen vor, dass die Kommunalaufsicht frühzeitig in diesen Prozess eingebunden wird. In Modellprojekten der Bezirksregierung Arnsberg hat genau so eine frühzeitige Beratung – anders als die Verwaltungsvorlage es darstellt – bereits stattgefunden. Sollte die Kommunalaufsicht unsere Anfrage tatsächlich ablehnen, könnte alternativ auch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW angefragt werden, um Unterstützung im Konsolidierungsprozess zu leisten.

1. Hintergrund ist ein gescheiterter gemeinsamer Prozess – und die falschen Konsequenzen, die daraus gezogen wurden

Wir haben im Sommer einen gemeinsamen Beratungsprozess aller Fraktionen begonnen. Das war auch aus unserer Sicht grundsätzlich der richtige Weg. Wir wollten uns gemeinsam auf Ziele verständigen und einen tragfähigen Weg aus der finanziellen Schieflage entwickeln.

Leider ist dieser Prozess schnell gescheitert. Insbesondere weil wir es für einen schweren Fehler halten, dass die Verwaltungsspitze im Konsolidierungsprozess nicht bereit war, auch alternative Wege zur langfristigeren Konsolidierung des Haushaltes ernsthaft zu betrachten. Stattdessen wurde von Anfang an auf einen bestimmten Lösungsweg hingearbeitet: einen möglichst schnell genehmigungsfähigen Haushalt 2027 – um nahezu jeden Preis.

Ein umfangreicher Beratungsprozess, der letztendlich nur pro forma einberufen wurde, um die Vorschläge der Verwaltungsspitze zu bestätigen, ist aber letztendlich obsolet.

Aus unserer Sicht ist darüber hinaus schwer nachvollziehbar, dass die Verwaltungsspitze für diesen Konsolidierungsprozess einen Moderator engagiert hat, der zwar Moderationserfahrung hatte, aber offenbar nicht über die notwendige fachliche Expertise im Bereich kommunaler Haushaltskonsolidierung verfügte.

Der gemeinsame Prozess wurde im September durch den Moderator ergebnislos formal beendet, da keine Einigkeit über die Zielsetzung erzielt werden konnte und es wurde darauf verwiesen, dass die Konsolidierung nun wieder in den normalen politischen Beratungsprozess zurückkehre. Das war zwar bedauerlich, wäre jedoch der logische folgende Schritt gewesen.

Was wir jetzt unter keinen Umständen gutheißen können, ist, dass Bürgermeister und Kämmerin bereits zur Haushaltseinbringung einen Konsolidierungsvorschlag vorlegen und diesen ohne jegliche fachpolitische Beratung durchsetzen wollen.

Unsere Kritik bezieht sich auf folgende Punkte:

2. Grundstücksverkäufe sind keine nachhaltige Haushaltskonsolidierung

Ein besonders problematischer Bestandteil des Verwaltungsvorschlags ist der Umgang mit städtischen Grundstücken und möglichen Verkaufserlösen.

Natürlich gehören Grundstücksgeschäfte zur kommunalen Stadtentwicklung. Natürlich kann es sinnvoll sein, Flächen zu entwickeln, Grundstücke zu veräußern oder durch neue Nutzungen Einnahmen zu erzielen.

Aber der Verkauf des Grundstücks „Sportplatz Waldstraße“, der vorgeschlagen wird, ist keine durchdachte Stadtentwicklung. Es ist der Versuch, mit einem einmaligen finanziellen Effekt ein strukturelles Haushaltsproblem kurzfristig für ein Jahr zu überdecken.

Und dazu kommen erhebliche inhaltliche Fragen:

A: die städtebauliche und ökologische Bedeutung der Fläche Sportplatz Waldstraße.

Die gerade in diesem Jahr beschlossene Stadtklimaanalyse (DS 33/2026) zeigt deutlich, welche Bedeutung diese Fläche als Frischluftschneise für die umliegenden Wohngebiete hat.

Gerade nach diesem Hitzesommer sollten wir doch verstanden haben, dass wir solche klimatischen Lebensadern nicht leichtfertig aufgeben dürfen.

Stadtklimatische Funktionen sind kein Luxus, den wir uns in finanziell schwierigen Zeiten nicht mehr leisten können. Sie sind eine Voraussetzung für Lebensqualität und Gesundheit in unserer

Stadt. Was wir heute versiegeln oder bebauen, können wir morgen nicht einfach wiederherstellen.

B: Woher kommen eigentlich die angesetzten 12-15 Millionen Euro für den Sportplatz Waldstraße und den Hortus Vitalis?

Diese Summe wird in den Raum gestellt, ohne dass die wesentlichen wirtschaftlichen Grundlagen für uns nachvollziehbar sind.

Wir wissen um bestehende Altlasten auf dem Sportplatz und Erschließungskosten. Gleichzeitig empfiehlt die Stadtklimaanalyse allenfalls Teilverkäufe.

Wie kommt man unter diesen Voraussetzungen auf einen Verkaufserlös von 12 oder 15 Millionen Euro? Welche Flächen sollen eigentlich zu welchen Konditionen veräußert werden? Welche Kosten sind bereits berücksichtigt? Und welche städtebaulichen Folgekosten entstehen?

Diese Fragen müssen beantwortet werden, bevor wir über solche Summen entscheiden.

C: Die angenommene Ansiedlung eines Nahversorgers auf dem Gelände des Sportplatzes Waldstraße ist aus unserer Sicht unrealistisch.

Wir sind froh, wenn in Wüsten der neue Edeka entsteht und damit die Nahversorgung verbessert wird. Aber weshalb sollte ein weiterer Supermarkt abgelegen in einem Wohngebiet, abseits einer guten zentralen Verkehrsanbindung, ein realistisches Entwicklungsszenario sein?

Das entspricht weder den üblichen Standortstrategien der großen Lebensmittelketten noch einer überzeugenden städtebaulichen Planung.

D: Grundstücksverkäufe sind Einmaleffekte.

Man kann mit Grundstücksverkäufen kurzfristig ein Problem überbrücken, aber man schafft keine dauerhafte Einnahmequelle.

Wenn wir heute unser Tafelsilber verkaufen, um ein strukturelles Defizit zu kaschieren, stehen wir in den Folgejahren vor demselben Problem – nur ohne die Grundstücke, die wir dann noch verkaufen könnten. Was passiert also 2028, 2029 oder 2030, wenn diese Einmaleffekte aufgebraucht sind?

E: Auch das Verfahren ohne Beteiligung des Stadtplanungsausschusses ist problematisch.

Es gibt bislang keine entsprechenden Beschlüsse des Stadtplanungsausschusses, die solche Entwicklungen fachlich und politisch legitimieren würden.

Hier sollen offenbar Tatsachen geschaffen werden, bevor die zuständigen Fachausschüsse überhaupt ausreichend beraten konnten. Und nun soll der Fachausschuss die Beschlüsse nur noch zur Kenntnis nehmen? Das ist keine angemessene Beteiligung der kommunalen Gremien.

3. Aus strategischer Konsolidierung wurde eine Rasenmähermethode

Was ist eigentlich aus unserem gemeinsamen Anspruch der letzten Ratsperiode geworden, unsere strategischen Stadtziele als Grundlage für die Diskussionen zu nutzen?

Wir wollten gerade keinen pauschalen Rasenmäher. Wir wollten wissen: Was ist uns als Stadt wichtig? Welche Leistungen müssen wir erhalten? Wo gibt es Doppelstrukturen? Wo können wir Abläufe effizienter gestalten? Und wo müssen wir gegebenenfalls auch grundsätzlich über Aufgaben und Organisationsstrukturen sprechen?

Stattdessen erleben wir nun etwas anderes: Es wird an zahlreichen Stellen gekürzt, ohne die tatsächlichen Folgen ausreichend zu berücksichtigen.

Und besonders problematisch ist, dass offenbar pauschale prozentuale Einsparungen in allen (teilweise) freiwilligen Leistungen verlangt wurden, und dann Politik über Kürzungen entscheiden soll, ohne eine belastbare gemeinsame Datengrundlage vorzulegen.

Wenn wir über Einzelmaßnahmen entscheiden sollen, dann brauchen wir auch eine ehrliche Bestandsaufnahme – und nicht einfach eine Prozentzahl-Vorgabe, die anschließend von allen Fachbereichen irgendwie erfüllt werden soll.

Die Folgen dieser Vorgehensweise zeigen sich bereits an konkreten Beispielen.

Wenn das Umweltzentrum Heerser Mühle Leistungen nicht mehr erbringen kann, weil die städtischen Zuschüsse gekürzt werden, verschwinden die Aufgaben ja nicht automatisch.

Wer übernimmt denn zukünftig die Grünpflege? Wer kümmert sich um Umweltbildung und Naturschutz? Welche Leistungen müssen dann möglicherweise an anderer Stelle teuer eingekauft werden?

Ist das wirklich eine Einsparung, wenn wir heute weniger Mittel planen, dadurch aber wertvolle Strukturen zerstören und morgen ein größeres und möglicherweise teureres Problem bekommen?

Ein weiteres Beispiel ist der AWB. Wenn wir die Grundförderung streichen, gefährden wir die Existenzgrundlage des Vereins. Der AWB ist zugleich der größte Träger von Integrationskursen in unserer Stadt und leistet an vielen weiteren Stellen unverzichtbare Arbeit.

Wir würden also genau die Strukturen schwächen, die wichtige gesellschaftliche Aufgaben übernehmen, und müssten uns anschließend fragen, wie wir diese Leistungen anderweitig organisieren und finanzieren.

Auch die geplante Schließung des Jugendcafes KIWI als auch des Kinder- und Jugendhauses Werl-Aspe sind Beispiele für fehlende Weitsicht.

Gleichzeitig beklagen wir die rasant steigenden Kosten in der Jugendhilfe. Dabei ist der Zusammenhang doch offensichtlich: Prävention kostet Geld. Aber fehlende Prävention kostet langfristig häufig noch viel mehr.

Jeder Euro, den wir heute in gute Kinder- und Jugendarbeit investieren, kann dazu beitragen, spätere Hilfebedarfe und deutlich höhere Folgekosten zu vermeiden.

Das ist keine romantische Vorstellung von freiwilligen Leistungen. Das ist eine Frage wirtschaftlicher Vernunft.

Es ist genau das Gegenteil dessen passiert, was wir ursprünglich erreichen wollten: Statt strategisch zu prüfen, wo wir dauerhaft effizienter werden können, wurde vielfach nach der Rasenmähermethode gekürzt.

4. Bei der eigenen Ratsarbeit fehlt der Sparwille

Auffällig ist allerdings, dass ein Bereich bei den Einsparvorschlägen deutlich weniger konsequent behandelt wird: die Ratsarbeit selbst.

Hier scheint der eigene Sparwille deutlich begrenzter zu sein, obwohl unser Stadtrat größer ist als einige Landtage.

Eine Begrenzung der abrechenbaren Fraktionssitzungen auf 35 im Jahr ist nichts als eine kosmetische Veränderung. Denn damit ist außerhalb der Ferienzeiten weiterhin praktisch jede Woche eine abrechenbare Fraktionssitzung für sachkundige Bürgerinnen und Bürger möglich – obwohl die Ausschüsse üblicherweise maximal einmal im Quartal tagen.

In den Grundsatzbeschlüssen vermissen wir sehr deutlich das klare Commitment, die Wahlbezirke zur nächsten Kommunalwahl zu reduzieren und damit auch die Größe des Rates zu begrenzen.

Ebenso fehlt uns die Bereitschaft, auf die zusätzliche Entschädigung für Ausschussvorsitze endlich zu verzichten.

Wir wollen ausdrücklich nicht die wichtige Arbeit der Ratsmitglieder oder des Ehrenamtes infrage stellen. Aber wenn wir von anderen Bereichen Einschnitte verlangen, müssen wir auch bereit sein, die eigene Arbeit kritisch zu überprüfen. Und wenn der eigene Anspruch erhoben wird, man wäre bereit Verantwortung für schwierige Entscheidungen zu übernehmen und schmerzhafte Einsparungen zu beschließen, dann hat es ein Geschmäckle, wenn diese Einsparungen dann nur alle anderen betreffen sollen.

5. Die Investitionsplanung muss endlich an die Realität angepasst werden

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist der Umgang mit den städtischen Investitionen.

Hier fehlt es aus unserer Sicht an einer konsequenten Priorisierung und vor allem an einer realistischen Planung.

Während andere Städte in Lippe ihre Investitionsprogramme kritisch unter die Lupe nehmen und deutlich konsolidieren, konnten in Bad Salzuflen lediglich rund 2 Millionen Euro an Einsparungen im städtischen Haushalt und knapp 1,8 Millionen Euro im Wirtschaftsplan der EGW identifiziert werden.

Schaut man sich demgegenüber den Mittelabfluss im letzten Jahr an, ist es nicht gerechtfertigt überhaupt von „Priorisierung“ zu sprechen.

Ein Blick auf die Zahlen der EGW zeigt die Dimension. In der Sitzung des Betriebsausschusses am 04.03.2026 wurden im 4. Quartalsbericht 2025 die Mittelabflüsse dargestellt:

Für 2025 war ein Investitionsvolumen von über 93 Millionen Euro angesetzt. Tatsächlich ausgegeben wurden aber weniger als 24 Millionen Euro. Das entspricht einem Mittelabfluss von gerade einmal rund 26 Prozent.

Und jetzt die entscheidende Frage: Warum planen wir weiterhin Investitionsvolumina, die wir mit den vorhandenen personellen Kapazitäten offensichtlich nicht im Entferntesten umsetzen können?

Im Jahr 2026 sind keine entsprechenden zusätzlichen Personalkapazitäten geschaffen worden. Vielmehr sind personelle Engpässe dazugekommen.

Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, weshalb wir unsere Investitionsplanung nicht an den tatsächlichen Umsetzungsmöglichkeiten ausrichten.

Wir müssen unterscheiden zwischen Investitionen, die wir dringend benötigen und zeitnah realisieren können, und solchen, die zwar politisch wünschenswert sind, aber auf absehbare Zeit ohnehin nicht umgesetzt werden können.

Eine realistische Investitionsplanung ist keine Kapitulation vor den Herausforderungen. Sie ist die Voraussetzung für eine verlässliche Finanzplanung. Beschlossen werden sollte im Wirtschaftsplan daher auch nur eine realistische Investitionssumme, die innerhalb eines Jahres umgesetzt werden kann und als Anlage eine Liste mit Prioritäten.

6. Die Zahlen müssen vollständig und ehrlich auf den Tisch

Ein weiterer Punkt, der Jahr für Jahr auffällt, ist die große Differenz zwischen dem Haushaltsplan und dem tatsächlichen Jahresergebnis. Meist liegen weit zweistellige Millionenbeträge zwischen PLAN und IST. Auch in der Hochrechnung für 2026 gibt es bereits eine Verbesserung von mehr als 10 Millionen, wie uns im letzten Hauptausschuss vorgestellt wurde.

Wir fragen uns, wie zuverlässig unsere Haushaltsplanung in den vergangenen Jahren tatsächlich war und welche Schlüsse aus den hohen Abweichungen gezogen wurden?

Wie haben sich die geplanten Defizite zu den tatsächlichen Jahresergebnissen entwickelt? Welche Aufwendungen wurden regelmäßig zu hoch angesetzt? Welche Einnahmen wurden unterschätzt? Wo haben sich dauerhafte strukturelle Veränderungen ergeben?

Diese Analyse ist unverzichtbar.

Denn wir können nicht einerseits **mit den dramatischen Planwerten argumentieren**, um möglichst **weitreichende Kürzungen zu begründen**, und andererseits auf eine transparente Aufarbeitung der tatsächlichen Entwicklung verzichten.

Auch der Blick auf andere Städte in der Nachbarschaft muss uns zu denken geben.

Herford (bei deutlich höherer Einwohnerzahl) plant nach den uns vorliegenden Informationen ein Defizit von rund 28 Millionen Euro. Lemgo mit etwa 11,5 Millionen Euro, Detmold (mit ebenfalls deutlich höherer Einwohnerzahl und damit Haushaltsvolumen) bleibt unter 14 Millionen Euro Defizit.

Natürlich lassen sich Kommunen nicht eins zu eins vergleichen. Aber diese Unterschiede sind auffällig genug, dass wir uns ernsthaft mit den Ursachen dafür beschäftigen müssen, dass unser Defizit so viel höher ausfällt als das der Nachbarstädte.

Wir haben offenbar nicht nur ein allgemeines kommunales Finanzierungsproblem. Wir haben auch eine strukturelle Schieflage, über die wir sprechen müssen. Und genau deshalb brauchen wir eine fundierte Organisations- und Aufgabenkritik statt einer pauschalen Kürzungsrunde.

7. Symbolpolitik ersetzt keine Konsolidierung

Auch die vorgeschlagenen Grundsatzbeschlüsse in der Drucksache 265/2026 werfen Fragen auf.

Radverkehrsmaßnahmen sollen nun also nur noch umgesetzt werden, wenn sie gesetzlich verpflichtend sind.

Was soll das für einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten?

Warum wird ausgerechnet der Radverkehr derart einseitig herausgegriffen? Welche konkreten Einsparungen werden damit erzielt? Und in welchem Verhältnis stehen diese zu den tatsächlichen strukturellen Problemen unseres Haushalts?

Wir müssen über Prioritäten sprechen. Selbstverständlich. Aber Grundsatzbeschlüsse, die vor allem den Eindruck politischer Härte vermitteln sollen, bringen uns finanziell nicht weiter.

Wenn wir Maßnahmen aus ideologischen Gründen grundsätzlich ausschließen, statt ihre Kosten und ihren Nutzen sachlich zu bewerten, ist das keine verantwortungsvolle Finanzpolitik.

Wir brauchen eine Konsolidierung, die sich an Zahlen, Wirkungen und langfristigen Zielen orientiert – und keinen Kulturkampf auf Kosten einzelner Politikbereiche.

8. Steuererhöhungen sind notwendig – aber nicht die einzige Antwort

Wir GRÜNE sind uns bewusst, dass eine Erhöhung der Grundsteuer B unumgänglich sein wird.

Das ist keine einfache Entscheidung. Sie belastet die Bürger*innen und muss deshalb gut begründet werden.

Aber wenn wir die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Stadt erhalten wollen, müssen wir auch über zusätzliche Einnahmen sprechen.

Umso weniger verstehen wir, weshalb die im Rahmen eines Bürgerantrags vorgeschlagene Verpackungssteuer von der Verwaltungsspitze in der Sitzung des Hauptausschusses am 01.07.26 so kategorisch abgelehnt wurde.

Hier hätte zumindest ernsthaft geprüft werden müssen, ob und in welcher Form zusätzliche Einnahmen für die Stadt generiert werden können, die das Haushaltsdefizit verringern.

Und eine kleine Anmerkung sei an dieser Stelle auch erlaubt: Der bisher wohl prägendste inhaltliche Beitrag der AfD-Fraktion im letzten Jahr war ein flammendes Plädoyer für das

Aussetzen der Hundesteuer um ein weiteres Jahr für Tiere, die aus Tierheimen aufgenommen werden. Nun erfolgt also die inhaltliche Kehrwende und die Zustimmung der Erhöhung der Hundesteuer um 10%.

9. Das vorgelegte Konsolidierungspapier lässt erhebliche Fragen unbeantwortet

Neben der grundsätzlichen Kritik am eingeschlagenen Weg haben wir auch konkrete Fragen zu den vorgelegten Konsolidierungsmaßnahmen.

Warum soll es im kommenden Jahr plötzlich möglich sein, einen globalen Minderaufwand von 3,5 Millionen Euro zu erzielen, während 2027 nur 500.000 € möglich sind.

Auf welcher belastbaren Grundlage beruht diese Annahme? Welche konkreten Maßnahmen stehen dahinter? Oder wird hier eine Einsparung einfach in den Haushalt eingestellt, ohne dass klar ist, wie sie tatsächlich erreicht werden soll?

Auch die Kürzungen im Stellenplan sind nicht ausreichend transparent hinterlegt und identifizierbar.

Wir müssen wissen, welche Stellen betroffen sind, welche Aufgaben dadurch gegebenenfalls wegfallen, welche Auswirkungen das auf die Leistungsfähigkeit der Verwaltung hat und ob sich daraus tatsächlich dauerhafte Einsparungen ergeben.

10. Die politische Verantwortung für den Weg, der jetzt eingeschlagen wird

Ein letzter Punkt betrifft die politische Verantwortung für den nun eingeschlagenen Weg.

Wir hätten uns gewünscht, dass die Verwaltungsspitze alle demokratischen Fraktionen in einen ernsthaften gemeinsamen Prozess einbindet.

Dazu gehört auch, Kompromisse zu ermöglichen und die eigenen Vorstellungen kritisch zu hinterfragen.

Stattdessen erleben wir eine bemerkenswerte Kompromisslosigkeit. Der eigene Vorschlag wird zum Maßstab gemacht. Alternative Wege werden nicht ernsthaft geprüft. Und nun soll dieser Weg offenbar mit einer Mehrheit durchgesetzt werden, die auf die Zustimmung der AfD-Fraktion baut.

Das ist eine politische Entscheidung, für die Bürgermeister und Verwaltungsspitze Verantwortung tragen.

Und eines muss uns allen klar sein: Wer einen solchen Haushalt gemeinsam mit der AfD beschließt, sich auf Konsolidierungsmaßnahmen vorab verständigt, lässt alle Abgrenzungen von der AfD als leere Worte erscheinen.

Wir hätten uns einen anderen Weg gewünscht. Einen Weg, der auf breiter demokratischer Verständigung beruht und nicht auf dem Durchsetzen maximaler eigener Forderungen.

11. Unser Antrag: Wir brauchen einen langfristigen Konsolidierungsprozess

Was schlagen wir also vor?

Unser gemeinsamer Antrag von GRÜNEN, SPD und LINKEN steht: Wir wollen, dass ein alternatives, langfristiges Konsolidierungsszenario ernsthaft erarbeitet und geprüft wird.

Und zwar nicht als unverbindliche Gedankenspielerei, sondern als belastbare Grundlage für die kommenden Haushaltsjahre.

Es stimmt auch nicht, dass uns mit der mittelfristigen Finanzplanung bereits alle Zahlen vorliegen, die wir für eine solche Entscheidung benötigen.

Wir brauchen eine fundierte Analyse der tatsächlichen Kostenstrukturen, der Aufgaben und Leistungen, der Organisationsstrukturen und der Investitionsfähigkeit unserer Stadt.

Wir brauchen klare strukturelle Veränderungen, die dauerhaft wirken.

Dafür erwarten wir:

1. Einen langfristigen Konsolidierungsfahrplan: Wir wollen unterschiedliche Szenarien vergleichen und gemeinsam festlegen, wie wir die strukturellen Defizite dauerhaft reduzieren können.

2. Eine fachliche Beratung in den zuständigen Ausschüssen: Die vorliegende Konsolidierungsvorlage darf nicht ohne eine angemessene Beratung in den Fachausschüssen beschlossen werden. Insbesondere müssen die fachlichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Kürzungen transparent dargestellt werden.

3. Externe Expertise: Die Kommunalaufsicht oder – falls diese eine entsprechende Begleitung nicht übernehmen kann – die Gemeindeprüfungsanstalt NRW muss in den weiteren Prozess eingebunden werden. Das Vertrauen in den bisherigen Prozess ist beschädigt. Wir brauchen deshalb eine fachlich unabhängige Grundlage für die nächsten Schritte.

4. Eine realistische Investitionsplanung: Wir müssen unsere Investitionsprogramme an den tatsächlichen personellen und organisatorischen Kapazitäten ausrichten und konsequent priorisieren.

5. Eine ehrliche Aufgaben- und Organisationskritik: Wir müssen prüfen, wo Aufgaben effizienter organisiert werden können, ohne wichtige Strukturen und präventive Angebote zu zerstören.

6. Eine faire Verteilung der Konsolidierungslasten: Auch die politische Arbeit und die eigenen Strukturen des Rates müssen ihren Beitrag leisten.

Und vor allem brauchen wir eine Verständigung auf einen mehrjährigen Fahrplan, der nicht darauf basiert, **wertvolle Grundstücke und damit unser Tafelsilber zu verkaufen, um kurzfristig Haushaltslöcher zu stopfen**.

12. Fazit: Für welchen Zeitraum übernehmen wir Verantwortung?

Zum Schluss möchten wir noch einmal auf die entscheidende Frage zurückkommen:

Für wie lange planen wir eigentlich für unsere Stadt?

Nur bis zum nächsten genehmigungsfähigen Haushalt? Nur bis 2030? Oder übernehmen wir Verantwortung für Bad Salzuflen über diese Wahlperiode hinaus?

Der Weg, den die Verwaltungsspitze jetzt vorschlägt, mag kurzfristig den Eindruck vermitteln, dass wir handlungsfähig bleiben.

Aber wenn wir dafür unsere Grundstücke verkaufen, präventive Angebote zerstören, Vereine und wichtige Einrichtungen schwächen, Investitionen unrealistisch planen und gleichzeitig die strukturellen Ursachen unserer Defizite nicht angehen, dann erkaufen wir uns diese kurzfristige Handlungsfähigkeit mit einem immer größeren Problem in der Zukunft.

Wir müssen jetzt gegensteuern. Nicht mit Symbolpolitik. Nicht mit pauschalen Kürzungen. Und nicht mit einem Haushalt, der nur auf dem Papier genehmigungsfähig ist.

Sondern mit Mut zu strukturellen Veränderungen, mit einer ehrlichen Bestandsaufnahme und mit einem langfristigen Plan.

Wir wollen, dass Bad Salzuflen auch in zehn oder fünfzehn Jahren noch eine Stadt ist, die gestalten kann. Eine Stadt, die ihre sozialen, ökologischen und kulturellen Stärken bewahrt. Eine Stadt, die nicht nur ihre Pflichtaufgaben irgendwie erfüllt, sondern lebenswert bleibt.

Haushaltskonsolidierung darf nicht bedeuten, unsere Stadt kaputtzusparen. Sie muss bedeuten, unsere Stadt zukunftsfähig zu machen.

Gez.

Wiebke Kopsieker

Vorsitzende Ratsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN